

Thomas Meyer

Zwischenruf: Ohne Mitte geht es nicht

Thomas Meyer

(*1943) ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*.

thomas.meyer@fes.de



Es ist schon wahr, sie ist vor allem ein Mythos und ein leichtfertig genutztes Instrument im politischen Handgemenge – die Mitte. Wechselseitig wird sie von den Parteien des rechten und linken Spielfelds symbolisch besetzt. Sie pflanzen ihr Fähnlein auf und behaupten, ihnen allein gehöre fortan dieses goldene Stückchen Boden. Die Durchsichtigkeit dieses Spielchens hat bei vielen zu heftigem Verdruss geführt, wenn sie das M-Wort auch nur hören. Wer wollte es ihnen verdenken. Ein gutes Stückchen vom alten Obrigkeitsdenken, das keine Parteien mehr kannte, ist im deutschen Tanz um die Mitte noch gut erkennbar.

Und doch ist der Begriff der politischen Mitte nicht ganz überflüssig. Dafür sprechen vor allem drei gewichtige Gründe.

Erstens: Eine Partei, die es nicht schafft, das Gros im Mittelbuckel der Gausschen Kurve der Wählerverteilung zu gewinnen, kann nicht zur führenden Regierungskraft werden. Diese arithmetische Mitte deckt sich weitgehend mit der politischen Mitte der Selbstzuordnung der Wählerinnen und Wähler bei der Frage, wo sie sich im immer noch aussagekräftigen Rechts-Links-Spektrum selbst verorten. Diese Mitte hat eine Moderatorenfunktion in der Demokratie.

Zweitens: Die soziologische Forschung belegt, dass es Milieus der Mitte gibt, deren Lebensstile, Wertorientierungen und Kommunikationsmuster eine besondere Aus-

strahlungswirkung auf andere Milieus hat. Sie wirken als eine Art soziokulturelles Gravitationszentrum. Es sind auch diese Milieus, in Deutschland »neue Arbeitnehmer« genannt, in deren politischen Orientierungen sich die Leistungswerte des oberen Spektrums der Gesellschaft mit Solidaritäts- und Gerechtigkeitswerten verbinden, die auf die faire Teilhabe des unteren Spektrums gerichtet sind. Diese Mitte hat eine Integrationswirkung in der politischen Kultur des Landes.

Drittens: Die einbeziehende Wertorientierung, in der sich das Interesse am eigenen Fortkommen mit dem an einer wohl integrierten Gesellschaft verbinden, erweist sich als Scharnier für tragfähige Gemeinwohlkonzepte, die aus gutem Grund auf eine breite Mehrheitsunterstützung hoffen können. Sie veranlasst die potenziellen Regierungsparteien zu Mäßigung und Realismus.

Es gibt sie also, die soziologische und die politische Mitte. Sie ist keine arithmetische Mehrheit und auch kein politischer Impulsgeber. Aber eine notwendige Bedingung für mehrheitsfähige Politikkonzepte und für Wahlerfolge. Es kommt darauf an, ob sie sich in gegebener Lage eher von den Vorschlägen der rechten oder der linken Mitte überzeugen lässt. Links oder rechts pur jedenfalls ist kein Erfolgsrezept. Auf die Mitte kommt es an. Der symbolische und konzeptionelle Kampf um sie ist daher weder ziellos noch Rosstäuscherei. Allerdings nur wenn er mit schlüssigen Handlungskonzepten erfolgt, die Punkt für Punkt zeigen und begründen, wohin der Weg führen soll, statt den leeren Schnittpunkt der Mitte selbst als Inhaltsersatz zu beschwören, in der Hoffnung, durch die Vermeidung von Festlegungen weniger Reibungsflächen zu bieten als die politische Konkurrenz.